

*Rede von Meike Schuster, stellv. Vorsitzende*r des Zukunftsforum Familie e.V., anlässlich der Kundgebung am 8. November 2023 gegen den Sparhaushalt der Bundesregierung und zur Kampagne „Der letzte macht das Licht aus“ von AWO, Bundesjugendwerk der AWO und ZFF.*

„Der Minister nimmt flüsternd den Bischof beim Arm: Halt du sie dumm, ich halt' sie arm!“

Diese Liedzeile von Reinhard Mey galt bei ihrem Erscheinen als skandalös; heute droht sie, bittere Realität zu werden. Allerdings beansprucht in dieser Realität die Bundespolitik allein, sowohl für verweigerete Bildungsmöglichkeiten als auch für Armut zu sorgen.

Selbst mit neoliberaler Brille sind die Ressourcen in diesem Land zuvorderst seine Menschen. Ressourcen dürfen genutzt werden. Aber sie dürfen nicht ausgeblutet und entleert werden. Wir haben eine Zukunft, wenn wir einander unsere Entwicklung ermöglichen und sie fördern. Wir haben keine Zukunft, wenn wir nicht in uns investieren.

Einander scheinbar ohne Pause ablösende und überlappende Bedrohungen wie die Corona-Krise, die Ukraine-Krise, die Energiekostenkrise, die Inflation – und es scheint ja so weiterzugehen – haben uns ausgelaugt, tun es weiterhin und verdichten sich zur Polykrise unserer Zeit. Laut dem Gesellschaftsanalytiker Klaus Hurrelmann zeigt unsere Gesellschaft Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung.

Um uns der Polykrise und ihren Folgen stark und kreativ entgegenzustellen, um neue Lösungen zu entwickeln und die vergangenen Krisen aufarbeiten zu können, müssen wir unsere verbrauchten Kräfte wieder auffüllen und wieder auf die Beine kommen. Wir müssen in Bildung investieren, in Gesundheit, in das soziale Miteinander, in gesunde Arbeitsstrukturen, in bezahlbaren guten Wohnraum, in die abgehängten und die jungen Menschen in diesem Land. In die Menschen. Ineinander. Miteinander.

Die von der Bundesregierung geplanten gravierenden Einsparungen sind das genaue Gegenteil dessen, was wir brauchen.

Wer sich in der Sozialen Arbeit, in Schulen oder Kitas, in der Jugendhilfe, in der Migrationsberatung, in der Pflege für andere Menschen engagiert, leidet schon seit Jahren unter der chronisch zu hohen Arbeitsbelastung und unter Dauererschöpfung, steht jetzt schon oft genug deutlich jenseits der Grenze dessen, was leistbar ist, und kann oft genug, statt wenigstens das Minimum zu erfüllen, nur noch einzelne Impulse setzen.

Aber wer dort arbeitet, hält unsere Gesellschaft zusammen.

Ebenso wie die, die in ihren Familien oft über das erwartbare Maß hinaus das leisten, was gemeinschaftliche Aufgabe ist und damit von der Politik bereitzustellen wäre. In Familien werden Angehörige gepflegt und Kinder großgezogen; in Familien wird der Lehrbetrieb stillstehender und krankgesparter Schulen kompensiert. Und vieles mehr.

Und genau dort, wo es um Menschen geht, um uns und um die Ressourcen dieses Landes; genau dort, wo unser Miteinander auf allen Ebenen gestaltet, geleistet, gefördert und gelebt wird, sollen die jetzt schon zu geringen Möglichkeiten dazu extrem begrenzt oder gleich ganz gestrichen werden.

Das ist Zerstörung durch Sparen an der falschen Stelle und bedeutet eine massive Gefährdung von Sozialstrukturen und mit ihnen eine reale Gefährdung der Demokratie. Wenn das umgesetzt wird, werden Familien unter den Belastungen in die Knie gehen. Gemeinnützige Einrichtungen werden ihre Angebote gravierend einschränken oder schließen müssen. Demokratiegefährdende Gruppen erstarken schon jetzt.

Wen wundert es eigentlich, wenn Menschen sich von der Politik abwenden? Sie sind nicht politikverdrossen; sie erkennen, dass Politik nicht in ihrem Interesse gemacht wird, sondern vielmehr Entscheidungen trifft, die sie selbst existenziell bedrohen. Der Eindruck, dass das Leben sich dramatisch verschlechtert, ist für den Großteil der Gesellschaft keine Fehleinschätzung, sondern Realität.

Gleichzeitig explodiert seit Jahren der Reichtum ohnehin extrem begüterter Gruppen – ohne dass die Politik diese Gruppen angemessen an der finanziellen Bewältigung der Polykrise beteiligt.

Wir brauchen KEINE Politik, die uns das alles zumutet und damit begründet, das Ziel der schwarzen Null wäre unantastbar oder der Wirtschaftsstandort wäre bedroht, wenn die reichen Gruppen ihren Beitrag leisten würden.

Wir brauchen KEINE Spaltungsversuche seitens der Politik wie die – entgegen der eindeutigen Studienlage – behauptete Unverschämtheit, Eltern in sozial ausgegrenzten Gruppen würde höhere Geldmittel statt für ihre Kinder lieber für eigene Belange ausgeben. Oder wie den Versuch, die Armut geflüchteter Kinder als unvermeidbar darzustellen.

Wir brauchen KEINE Politik, die uns gegeneinander ausspielen will, damit sie ihren Job nicht machen muss. Das Menschenbild, das sich in solchen respektlosen, populistischen und degradierenden Äußerungen zeigt, lehnen wir ab und weisen die darin liegenden Abwertungen und Polarisierungsversuche von uns.

Wir haben verstanden, dass sie uns gegeneinander aufbringen sollen. Dass sie uns davon ablenken sollen, die Verbesserungen einzufordern, die uns zustehen, und uns für das demokratische und solidarische Miteinander zu engagieren. Aber wir sind eine lebendige, solidarische Gemeinschaft. Wir lassen uns nicht auseinander treiben!

Nicht erst in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass wir in beeindruckendem Maß und generationenübergreifend solidarisch sind. Wir sind solidarisch und der mündige Souverän. Wir müssen und wollen nicht bevormundet werden. Und wir lehnen die Versuche der Politik ab, uns gegeneinander auszuspielen.

Was wir BRAUCHEN, sind Zeit, Geld und Infrastruktur. Und eine Politik, die sie ermöglicht. Noch sind wir ein reiches Land. Was wir brauchen, ist da. Noch.

Wir sind engagiert, und wir sind stark. Noch.

Wir können auch diese Krise meistern. Noch.

Es geht um nichts weniger als darum, die Demokratie zu retten, unseren Wohlstand und unser gelingendes soziales Miteinander. Die Menschen in diesem Land können das. Niemand wird kommen, um es für uns zu tun, weil wir es versäumt haben. Das müssen wir selbst hinbekommen – jetzt! –, solange wir die Ressourcen dafür noch haben. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie uns verweigert oder genommen werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir uns selbst vor die Wand fahren. Jetzt ist die Politik an der Reihe.

Wir erwarten und fordern die Kehrtwende.

Wir erwarten und fordern eine positive Weiterentwicklung für uns alle.

Wir erwarten und fordern, dass die Politik den Auftrag erfüllt, den sie von uns, dem Souverän dieses Landes, erhalten und auf den sie einen Eid abgelegt hat, nämlich die zum Wohl der Menschen ausgerichtete Politik in Unabhängigkeit und zur Förderung des Gemeinwohls.

Wir machen unseren Job, überall. Wir erwarten und fordern, dass auch die Bundespolitik nun endlich Ihren Job macht!

Danke, dass ihr hier seid.